



WESTEND

DANIEL BAX

---

# DIE VOLKS- VERFÜHRER

---

WARUM RECHTS-  
POPULISMUS SO  
ERFOLGREICH IST



**DANIEL BAX**

# **DIE VOLKS- VERFÜHRER**

**Warum Rechtspopulisten  
so erfolgreich sind**

**WESTEND**

Mehr über unsere Autoren und Bücher:  
[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-178-6

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2018

Covergestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	7
1 Was ist Populismus? Eine »dünne Ideologie«	16
2 Der Mythos von den Abgehängten: It's not the economy, stupid	31
3 Die Tücken der »Identitätspolitik«: Sind die Liberalen schuld an Trump und der AfD?	41
4 Die große Verunsicherung: Vertrauensverlust in Politik und Medien	58
5 Alles nur geklaut? Warum die Manipulation im Netz nicht das Problem ist	74
6 Die Medienpartei: Warum die AfD kein Opfer der Medien ist	87
7 Die Medien und die AfD: Willige und unfreiwillige Helfer	96
8 Rechte Echokammern: Die Vordenker des Völkischen	116
9 Die Vorfeldmedien der AfD: Ein Aufstand alter Männer	135
10 Die Wortführer der Wutbürger: Von der Verführbarkeit der Intellektuellen	146
11 Wut klickt gut: Wie Rechtspopulisten das Netz für ihre Zwecke nutzen	159
12 Aus dem Wörterbuch der Wutbürger: Über die Sprache des Populismus	169

13	Populisten an der Macht: Die Aushöhlung der Demokratie	182
14	Der Westen rückt nach rechts: Was Rechtspopulisten schon erreicht haben	197
15	Das Volk auf den Barrikaden: Ist linker Populismus die Antwort?	215
16	Die AfD in uns. Warum Populisten so populär sind	236
17	Was tun? Antworten auf den Rechtspopulismus	255
	Anmerkungen	275

# Vorwort

Der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den deutschen Bundestag stellt eine Zäsur dar. Mit über zwölf Prozent der Wählerstimmen zogen die Rechtspopulisten im September 2017 auf Anhieb als drittstärkste Kraft ins höchste deutsche Parlament ein. Seitdem sind sie dort mit 92 Abgeordneten vertreten. Als »Oppositionsführer« sprechen sie direkt nach der Regierung. Das hat das politische Klima und die Arithmetik der Macht in Deutschland verändert. Besonders stark hat die AfD im Osten Deutschlands abgeschnitten: Den Zweitstimmen nach wurde sie dort überall zweitstärkste, in Sachsen sogar stärkste Kraft. Dort ist sie schon Volkspartei.

Wie konnte das passieren? Im Grunde holt Deutschland nur nach, was in vielen europäischen Nachbarländern längst die Regel ist. Fast überall in Europa haben sich populistische Parteien etabliert, die sich als »Alternative« zum herkömmlichen politischen System mit seiner traditionellen Konkurrenz aus linken und sozialdemokratischen, wirtschaftsliberalen und konservativen Parteien verstehen. Dabei zeigt sich eine deutliche Spaltung des europäischen Kontinents: In den Ländern Südeuropas, die die Hauptlast der Eurokrise von 2010 tragen mussten, sind linkspopulistische Parteien und Bewegungen stark: Podemos in Spanien, die »MoVimento 5 Stelle« (»Fünf-Sterne-Bewegung«) in Italien und Syriza in Griechenland. In Griechenland stellt Syriza seit 2015 die Regierung, sie hat dort ausgerechnet mit der rechtspopulistischen Kleinpartei der ANEL (»Anexartiti Ellines«, »Die Unabhängigen Griechen«) ein Bündnis geschlossen. In Italien wurde die Fünf-Sterne-Bewegung bei den Parlamentswahlen im März 2018 die stärkste Kraft. Prompt verständigte sie sich mit den Rechtspopulisten der Lega Nord, deren Bastionen im reichen Norden

Italiens liegen, auf eine Regierungskoalition. Populisten können offenbar gut mit ihresgleichen.

Im Osteuropa liegen autoritäre Demagogen im Trend. In Ungarn und Polen stellen sie die Regierung und sorgen für zunehmend totalitäre und illiberale Verhältnisse, mit denen sich ihre Länder immer weiter von den Grundwerten der Europäischen Union entfernen. Auch in Tschechien und der Slowakei geben populistische Demagogen den Ton an. Diese vier Länder bilden mit der »Visegrad-Gruppe« schon lange ein Bündnis, das geschichtsträchtig nach der ungarischen Grenzstadt benannt ist, in der sich schon im vierzehnten Jahrhundert die Herrscher aus Ungarn, Polen und Böhmen zu Verhandlungen trafen. 2004 sind sie gemeinsam der Europäischen Union beigetreten und bilden einen Block, der seit 2015 als Bremsklotz auffällt, weil er ein gemeinsames europäisches Vorgehen in der Flüchtlingspolitik verhindert.

Die »Flüchtlingskrise« 2015 war der Moment, in dem die durch den Aufstieg der Populisten verursachten Bruchlinien innerhalb Europas unübersehbar wurden. Denn auch in den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen und Finnland sind Rechtspopulisten an der Regierung beteiligt oder haben ein wichtiges Wort mitzureden. Und die Regierungen in westeuropäischen Ländern wie Österreich, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden taten sich schwer mit der Aufnahme von Flüchtlingen, weil sie sich vor den Rechtspopulisten fürchteten, die ihnen im Nacken saßen. So waren es am Ende Schweden und Deutschland, die die meisten Geflüchteten aufnahmen. Großbritannien votierte dagegen im Juni 2016 sogar für den Brexit, den Ausstieg aus der Europäischen Union. In Frankreich schaffte es die rechte Populistin Marine Le Pen, wie vorausgesagt, in die Stichwahl ums Präsidentenamt. In Österreich sind die Rechtspopulisten der FPÖ seit Oktober 2017 wieder an einer Koalitionsregierung beteiligt. Und im Weißen Haus sitzt schon seit November 2016 der rechte Demagoge Donald Trump.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist kein europäisches Phänomen, sondern ein weltweites. Da ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der sein Land in eine Autokratie verwandeln möchte und seine politischen Gegner ins Gefängnis werfen lässt. Da ist der indische Premierminister Narendra Modi, der Hindu-Nationalismus



mit einem neoliberalen Wirtschaftsprogramm verbindet und Millionen Muslime in seinem Land ausgrenzt. Da ist der philippinische Präsident Rodrigo Duterte, der im Kampf gegen die Drogenkriminalität Todesschwadronen walten lässt, die mutmaßliche Dealer auf offener Straße hinrichten. Da ist Wladimir Putin, der Russland schon seit Jahrzehnten eisern im Griff hat und zu neuer Größe führen will. Und da ist Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, der das Erbe seines Vorgängers Hugo Chávez angetreten hat und sich mit Wahlmanipulationen, Einschüchterung und Verschwörungstheorien an der Macht hält. Die Grenzen zwischen Populisten, Autokraten und Diktatoren verschwimmen da langsam.

Deutschland wirkte lange Zeit wie eine Insel der Seligen, an der der allgemeine Rechtsruck vorbeizugehen schien. In einer Studie 2016 zeigten sich die Menschen in keinem der großen EU-Staaten weniger empfänglich für populistische Politik als in Deutschland.<sup>1</sup> Noch vor wenigen Jahren fragten sich Politologen, »warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist«, und hielten das Aufkommen einer solchen Partei für eher unwahrscheinlich.<sup>2</sup> Während ringsherum Populisten reüssierten, schien das größte Land Europas davon seltsam unberührt. Doch das ist vorbei. Deutschland ist mit der AfD in der Realität angekommen.

Es ist kein Zufall, dass der Aufstieg der AfD mit der Euro-Krise begann. Denn Europa ist ein Kontinent, der durch seine gemeinsame Währung gespalten wird. Während Deutschland und andere vom Euro profitieren, haben andere Länder davon mehr Nachteile. Doch der reiche Norden will den Krisenländern des Südens nicht unter die Arme greifen. Auch die Mehrheit der Deutschen will die Vorteile der riesigen europäischen Freihandelszone mitnehmen, aber nichts dafür bezahlen. Die »Euro-Krise« war eine Krise der europäischen Solidarität, so wie nach ihr die »Flüchtlingskrise«, die in Wirklichkeit eine humanitäre und moralische Krise des Kontinents war.

Die Zentrifugalkräfte in der EU werden seitdem immer stärker. Doch es wäre zu einfach, den gegenwärtigen Siegeszug des Populismus nur auf den Euro und die strukturellen Probleme der EU zu schieben. Länder wie Großbritannien, Dänemark, Schweden, Polen, Ungarn und Tschechien sind gar nicht in der Eurozone, und die

Schweiz und Norwegen sind noch nicht einmal in der EU. Trotzdem sind Rechtspopulisten dort ebenfalls stark. In der reichen Schweiz ist die rechte »Schweizer Volkspartei« (SVP) schon seit vielen Jahren die stärkste politische Kraft. Ihr starker Einfluss hat dafür gesorgt, dass die Schweiz nie der Europäischen Union beigetreten ist.

Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass es falsch wäre, den Rechtspopulismus als eine plötzliche Erscheinung zu begreifen, die über Europa hereingebrochen wäre. Der Schweizer Milliardär Christoph Blocher, treibende Kraft und graue Eminenz der SVP, prägt die Geschicke der Alpenrepublik schon seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Zweifellos gibt es derzeit ein populistisches Momentum. Aber es ist nicht die erste populistische Welle, die Europa erfasst. Die gegenwärtigen Erfolge populistischer Parteien haben eine Vorgeschichte.

In Italien hat Silvio Berlusconi den aktuellen Entwicklungen den Boden bereitet. Nach dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems, das durch die Aufdeckung riesiger Korruptionsskandale und krimineller Machenschaften komplett umgepflügt wurde, setzte sich der Medienunternehmer als Saubermann in Szene. 1994 kam er zum ersten Mal an der Spitze eines Mitte-Rechts-Bündnisses an die Macht, was ihm nach seinem Comeback 2001 drei weitere Male gelang. Er hatte Erfolg, weil er sein ganzes Medienimperium im Rücken hatte und weil er sich mit einer einfachen, volkstümlichen Art direkt an die Bevölkerung wendete, sich als Alternative zu den Altparteien anpries und großzügige Wahlgeschenke versprach. Ähnlichkeiten mit anderen Populisten sind offenkundig. Dass er politische Gegner beschimpfte, sich abfällig über Frauen und Schwule äußerte, oder mit geschichtsrevisionistischen Bemerkungen den italienischen Faschismus verharmloste, schadete ihm nicht, sondern trug nur zu seiner Popularität bei. Auch seine vielen Interessenkonflikte als milliarden-schwerer Unternehmer und Regierungschef sahen ihm seine Fans nach und seine Freundschaften mit Autokraten und Potentaten, von Wladimir Putin bis Muammar al-Gaddafi. Seine Präpotenz trug ihm den liebevollen Spitznamen »Cavaliere« ein, zu Deutsch: Ritter.

Berlusconi entspricht dem Prototyp eines Populisten. Dass er damit Avantgarde sein würde, war noch nicht so klar, als er seine politische Karriere begann. Aber er war damals nicht der Einzige. In Österreich sorgte etwa zur gleichen Zeit, in den Neunzigerjahren, der

Rechtspopulist Jörg Haider für Furore. Haider stieg rasch zum Musterbeispiel eines modernen und medienaffinen Rechtspopulisten auf. Für seinen nassforschenden Stil prägten Kritiker den Ausdruck »Feschismus«, zusammengesetzt aus »fesch« und »Faschismus« – eine Anspielung auf sein kerniges und sportlich-adrettes Äußeres, mit dem er seine oft knallharten politischen Vorstöße kalt lächelnd überstrahlte. In seinem Heimatland Kärnten, wo er von 1989 bis 1991 und von 1999 bis zu seinem Tod im Jahr 2005 die Regierung leitete, profilierte sich Haider auf dem Rücken der slowenischen Minderheit und der Muslime. Er zog gegen die zweisprachigen Ortstafeln in seinem Bundesland zu Felde und schob mit einem »Ortsbildpflegegesetz« dem Bau von Moscheen den Riegel vor. Seinen Nachfolgern hinterließ er einen Schuldenberg und einen Bankenskandal.

Haiders größter Erfolg war, dass seine Partei aus den Wahlen 1999 als zweitstärkste Kraft hervorging und anschließend in die Regierung eintrat. Die Koalition der Konservativen mit den Rechtspopulisten sorgte im Inland wie im Ausland für einen Sturm der Empörung, mehrere Länder verhängten deswegen diplomatische Sanktionen gegen Österreich. Angesichts der Normalität, die eine Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten in Europa heute darstellt, ist die Aufregung im Rückblick besonders bemerkenswert. Wenn man sieht, wie salonfähig Rechtspopulisten heute in Talkshows und anderswo sind, kann man sich gar nicht mehr vorstellen, wie kritisch und auf Distanz bedacht die deutschen Medien einst gegenüber Populisten wie Jörg Haider waren.

Haider gefiel sich in der Rolle eines Rebellen gegen das Establishment, gegen »politische Korrektheit« und gegen Probleme, die er gerne skandalisierte und zum angeblichen Staatsversagen aufbauschte. Immer wieder tat er sich mit antisemitischen Anspielungen, Geschichtsrevisionismus und Verklärung der Vergangenheit hervor, mit Beleidigungen politischer Gegner und der Justiz als »Parteiobozen«.

Haider gelang in Österreich, was Franz Schönhuber in Deutschland verwehrt blieb. Beim Bayrischen Rundfunk war der Journalist Schönhuber 1982 in Ungnade gefallen, weil er in seinem autobiografischen Buch mit dem Titel *Ich war dabei* seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS verklärt hatte. 1983 gründete Schönhuber die Partei »Die

Republikaner«, deren Vorsitzender er wurde und die bis Ende der Neunziger bei Europa- und Landtagswahlen einige Achtungserfolge erzielen konnte. So zog sie 1992 und 1996 mit rund zehn Prozent in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Schönhuber agitierte gegen »Altparteien«, »Ausländer« und »Asylanten« und pochte darauf, dass Deutsche auf ihre Vergangenheit wieder stolz sein sollten. Dass sich »Die Republikaner« nicht konsolidieren konnten, lag auch daran, dass sie sich mit anderen Rechtsparteien wie der NPD zu viel Konkurrenz machten.

Anders sieht es mit dem »Front National« aus, den der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen 1972 gegründet hatte: Er ist zu einer festen Größe geworden, die aus der französischen Parteienlandschaft nicht mehr wegzudenken ist. Le Pen hatte in der Fremdenlegion und im Algerienkrieg gekämpft, sein Auge hatte er schon zuvor bei einer Schlägerei mit linken Studenten verloren, deswegen trägt er eine Augenklappe. Fünf Mal trat er bei Präsidentschaftswahlen an, 2002 gelangte er sogar in die Stichwahl gegen den Konservativen Jacques Chirac. Le Pen war ein polternder Demagoge, der regelmäßig durch sexistische, rassistische, homophobe und antisemitische Ausfälle von sich reden machte: das Klischee eines Stammtischschwadroneurs. Seine Tochter und Nachfolgerin Marine Le Pen hat die Partei modernisiert, der Vater war ihr dabei im Wege. Weil er zum wiederholten Male die Gaskammern der Nazis als »Detail der Geschichte« bezeichnet und damit den Völkermord an den europäischen Juden verharmlost hatte, ließ sie ihn 2015 aus dem Front National werfen, und veranlasste drei Jahre später dessen Umbenennung in »Rassemblement Nationale« (»Nationale Sammlungsbewegung«).

Für einen modernen Rechtspopulismus, der sich von einer dumpfen Verklärung der Vergangenheit und von völkischen Vorstellungen abhebt, stand der niederländische Publizist und Professor der Soziologie, Populist Pim Fortuyn. Schon in den Neunzigerjahren hatte er Bücher wie *Gegen die Islamisierung unserer Kultur* geschrieben, die konstitutionelle Monarchie der Niederlande in Frage gestellt und mit provokanten Sprüchen gegen den sozialliberalen Konsens verstoßen. Mit seiner »Liste Pim Fortuyn« legte der extravagante Intellektuelle um die Jahrtausendwende einen kometenhaften Aufstieg hin. Seine Homosexualität trug er stolz zur Schau, sein exzentrisches Auftreten

machte ihn zu einem Medienstar. Im Jahr 2002 wäre er wohl mit wehenden Fahnen ins niederländische Parlament in Den Haag eingezogen, wenn er nicht kurz zuvor auf dem Parkplatz eines Radiosenders von einem militanten Tierschützer ermordet worden wäre. Dessen Hass hatte sich Fortuyn durch seine offene Verachtung des Tierschutzes zugezogen. »Wählt mich, dann dürft ihr Pelzmäntel tragen«, lautete einer seiner Slogans.

Mit seiner scharfen, antimuslimischen Rhetorik unter Berufung auf vermeintliche westliche Werte brachte Pim Fortuyn einen neuen Ton in die niederländische Politik, die bis dahin von Konsens und Rücksichtnahme gegenüber Minderheiten geprägt war. Fortuyn wetterte gegen »politische Korrektheit«, legte dabei jedoch einen bemerkenswerten doppelten Maßstab an den Tag. Zwar trat er als engagierter Verfechter der Rechte von Homosexuellen auf, was Migranten und Muslime anging, zeigte er sich dagegen deutlich weniger liberal. Man müsse die Einwanderung beschränken, um die liberale Kultur der Niederlande zu bewahren, behauptete er.

Von seinen Anhängern wurde Pim Fortuyn vergöttert. Nach dem Attentat herrschte große Verzweiflung, und es blühten wilde Verschwörungstheorien, die Einfluß auf die niederländische Politik hatten.<sup>3</sup> Es hieß unter anderem, linke Kritiker von Fortuyn trügen eine Mitschuld an seinem Tod, und der Staat habe von den Attentatsplänen gewusst, aber ihn nicht genug geschützt. Auch über Mittäter und eine Beteiligung ausländischer Geheimdienste wurde spekuliert. Nach seinem Tod errichteten seine Anhänger ihrem Idol auf dem Börsenplatz in Rotterdam ein Denkmal.

Nicht anders war es, als Jörg Haider im Oktober 2008 mit seinem Auto bei Klagenfurt tödlich verunglückte, nachdem er sich alkoholisiert ans Steuer gesetzt hatte und mit überhöhter Geschwindigkeit nach Hause gerast war. In Kärnten entwickelte sich ein Personenkult um den Politiker, am Unfallort wurde eine Kapelle errichtet, und um seinen Tod rankt sich eine Reihe von Verschwörungstheorien. Der Mossad sei schuld, meinten die einen, während andere die Hochfinanz, Banken oder Gewerkschaften hinter der vermeintlichen Tat vermuteten.

Jörg Haider war noch ein Rechtsextremist alten Schlages gewesen, der für alle Probleme Ausländer, Asylbewerber und »Sozialschmarot-

zer« verantwortlich machte. Pim Fortuyn dagegen hing der Idee eines »Kampfes der Kulturen« an und ging von einer Unvereinbarkeit von Islam und westlichen Werten aus. Er war dabei mehr von kulturalistischen als von völkischen Vorstellungen geprägt.

Viele andere Rechtsparteien in Europa haben diese Polemik gegen Muslime aufgegriffen – allen voran die Rechtspopulisten in Skandinavien, wie etwa die Dänische Volkspartei »Dansk Folkeparti« (DF). Aber auch Marine Le Pen in Frankreich und die FPÖ in Österreich haben sich seit 2001 auf eine antimuslimische Agitation verlegt, die viel anschlussfähiger an bürgerliche Kreise ist als ein dumpfer Ausländerhass, der sich unterschiedslos gegen alle Einwanderer richtet. Der große Einfluss, den Pim Fortuyn noch postum hat, macht ihn zu einem Pionier des Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts. In den Niederlanden selbst hat Geert Wilders sein Erbe angetreten.

Auch die AfD hat sich, von ihren Anfängen als Anti-Euro-Partei zu einer Anti-Islam-Partei entwickelt. Ihr Aufstieg ist nur die neueste Etappe einer Entwicklung, die schon lange zurückreicht. Er ist die aktuelle Folge in einem Fortsetzungsroman, dessen Ende so schnell nicht abzusehen ist.

In diesem Buch geht es um die Frage, was die Gründe für das aktuelle Revival des Rechtspopulismus sind. Sind es wirklich die »Abgehängten«, die die rechten Populisten wählen? Ist es ein Protest gegen wachsende Ungleichheit, oder welche Motive treiben ihre Wähler an? Welche Rolle spielt die Frage der »Identitätspolitik«, der Globalisierung und der Migration? Was sind die Gründe für die allgemeine Verunsicherung, die Menschen in die Arme von Populisten treiben? Was ist Populismus überhaupt, und was unterscheidet ihn von anderen politischen Strömungen?

Ein Schwerpunkt liegt auf der Frage, welche Rolle die etablierten Medien und die neuen sozialen Medien und Netzwerke beim Aufstieg des Populismus von heute spielen. Denn zweifellos hat sich die mediale Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten sehr verändert, und Populisten stützen sich stark auf die neuen Techniken. Welche Möglichkeiten der Manipulation eröffnen sich ihnen dadurch, und was ist ihr Verhältnis zu den etablierten Massenmedien? Warum verfangen ihre Parolen so gut? Und vor allem: Was passiert, wenn Popu-

listen an der Macht sind, und was haben sie jetzt schon erreicht?

Nicht zuletzt soll es um die Frage gehen, was zu tun ist. Ist linker Populismus eine Antwort? Wo soll man ansetzen? Wer ist gefordert? Und was kann jeder Einzelne tun?

Sicher ist, dass es auf den Aufstieg des Populismus eine entschiedene Reaktion braucht. Damit dieser rechtspopulistische Fortsetzungsroman kein böses Ende findet.

Berlin, im Juni 2018